Budgetbericht 2016

Budget-Nr: Sonderbudget 51500

Bezeichnung: Amt für Kinder, Jugendliche und Familien
Erzieherische Hilfen

Anlagen: Anlage 1 (Übersicht Ansatz/Rechnungsergebnis)
Anlage 2 (Budgetabrechnung 2015) – *nur bei Amtsbudgets*
Anlage 3 (Budgetstatistik inkl. Kennzahlen)

1. Budgetergebnis 2015

1.1. Allgemeine Erläuterungen

Es ergibt sich folgendes **Budgetergebnis 2015:**

	<u>HH-Ansatz</u> Vorjahre	<u>Rechnungser-</u> <u>gebnis</u> Vorjahre	<u>HH-Ansatz</u> 2015	<u>Rechnungs-</u> <u>ergebnis</u> 2015	Budgeter- gebnis 2015
Summe Einnahmen	<u>2009:</u> 2.113.900 € <u>2010:</u> 2.623.900 € <u>2011:</u> 2.709.400 € <u>2012:</u> 2.709.400 € <u>2013:</u> 2.754.290 € <u>2014:</u> 2.554.290 €	2.300.456 € 2.569.253 € 3.112.909 € 3.052.924 € 2.999.953 € 2.828.305 €	4.589.290 €	3.135.209 €	1.454.081 € Einnahme- unterschreitung
Summe Ausgaben	<u>2009:</u> 13.526.750 € <u>2010:</u> 14.099.950 € <u>2011:</u> 13.617.400 € <u>2012:</u> 14.115.090 € <u>2013:</u> 14.743.510 € <u>2014:</u> 14.848.910 €	13.526.699 € 14.116.878 € 13.724.011 € 14.113.951 € 14.231.135 € 15.138.714 €	17.234.780 €	17.615.099 €	380.319 € Überschreitung
Budget-Zuschuss	<u>2009:</u> 11.412.850 € <u>2010:</u> 11.476.050 € <u>2011:</u> 10.908.000 € <u>2012:</u> 11.405.690 € <u>2013:</u> 11.989.220 € <u>2014:</u> 12.294.620 €	11.226.243 € 11.547.626 € 10.611.101 € 11.061.027 € 11.231.182 € 12.310.408 €	12.645.490 €	14.479.889 €	1.834.399 € Budgetfehl- betrag*

*Der Vollständigkeit halber sei hier auch noch die Refinanzierung aus der JgA-Konsolidierungsaktion „Schlüsselzuweisungen für Kinderbetreuungskosten“ erwähnt. Der zusätzliche Betrag fließt direkt dem städtischen Zentralhaushalt zu (zuletzt berechnet von Käm für das Haushaltsjahr 2010: + 851.000 €).

Dieser Budgetbericht I.2016 wird auch dem Ausschuss für Jugendhilfe und Jugendhilfeangelegenheiten in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Das Gesamtergebnis stellt sich in der Reihe der Vorjahres-Rechnungsergebnisse wie folgt dar:

	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Rechnungsergebnis Brutto - Ausgaben	17.615.099 €	15.138.714 €	14.231.135 €	14.113.951 €	13.724.011 €	14.116.878 €
Veränderung zum Vorjahr	+ 16,3 %	+ 6,38 %	+ 0,83 %	+ 2,84 %	- 2,8 %	+ 4,36 %
Rechnungsergebnis Einnahmen	3.135.209 €	2.828.305 €	2.999.953 €	3.052.924 €	3.112.909 €	2.569.253 € nom. 851.000 € = 3.420.253 €
Veränderung zum Vorjahr	+ 10,8 %	-6,06 %	-1,7 %	- 0,02 %	+ 21,2 %	+ 48,67 %
Refinanzierung aller Ausgaben (mit Kita-Betreuung) durch Einnahmen	17,7 % zuzüglich Schlüssel- zuweisung	18,68 % zuzüglich Schlüssel- zuweisung.	21,08 % zuzüglich Schlüssel- zuweisung	21,63 % zuzüglich Schlüssel- zuweisung.	22,7 %, zuzüglich Schlüssel- zuweisung.	24,2 %
RE Zuschussbedarf	14.479.889 €	12.310.408 €	11.231.182 €	11.061.027 €	10.611.101 €	11.547.626 €
Veränderung zum Vorjahr	+ 17,6 %	+ 9,6 %	+ 1,54 %	+ 4,2 %	- 8,1 %	+ 2,8 %

Einzelne ausgewählte Bereiche der kostenintensiven Hilfen haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt
(Ausgaben):

ambulante Hilfen (ohne KE) Kosten	3.130.026 €	2.850.553 €	2.896.209 €	2.784.472 €	2.319.476 €	2.629.147 €
31.12. gesamt Fallzahlen	481	474	434	440	403	416
teilstationäre Hilfen (ohne KE) Kosten	1.287.707 €	1.289.318 €	1.305.494 €	1.104.291 €	1.063.596 €	1.175.728 €
31.12. gesamt Fallzahlen	66	69	70	69	80	79
Fremdunterbringung außerhalb des Elternhauses Kosten Heim, Pflegefamilie, Eingliederungshilfe (ohne KE)	7.831.003 €	7.484.090 €	6.592.383 €	6.634.515 €	6.719.615 €	6.595.163 €
31.12. gesamt Fallzahlen	367	283	275	289	291	303
Kindertagesbetreuung Kosten	1.618.533 €	1.425.502 €	1.239.482 €	1.483.627 €	1.535.850 €	1.844.576 €
Fallzahlen zum Stichtag 31.12.	1475	1377	1388	931	1138	1249
UMA Kosten Betrieb Welcome Haus I	737.243 €					
31.12.2015 gesamt Fallzahlen UMA	175	8				

1. Kurzbewertung

Dem Ausgabenansatz von 17.234.780 € stehen tatsächliche Ausgaben von 17.615.099 € gegenüber. Das sind Mehrausgaben von 380.319 €. Die Einnahmen blieben mit 1.454.081 € hinter dem Ansatz von 4.589.290 € zurück.

Trotz einer tatsächlichen Einnahmesteigerung 2015 von 306.904 € im Vergleich zum RE 2014 mit 2.828.305 € konnte 2015 der vorgesehene Budgetansatz nicht ausgeglichen werden. Im Ergebnis ergibt sich ein Budgetfehlbetrag von 1.834.399 €.

Es ergab sich -im Vergleich zum Rechnungsergebnis des Vorjahres (15.138.714 €) ein signifikanter Ausgabenanstieg von 16,3 %. Dieser war im Haushalt eingeplant und ist im Wesentlichen auf die erhöhte Zuweisung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in das Stadtgebiet Fürth und einer damit einhergehenden Steigerung der stationären Unterbringungskosten zurückzuführen.

Die Einnahmen stiegen zwar im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um 10,8 %, auf 3.135.209 € blieben aber mit 1.454.081 € hinter dem Einnahmeansatz von 4.589.290 € zurück. Die Steigerung ist zunächst auf eine erhöhte Refinanzierung im Asylbereich und Anmeldung von Kostenerstattungsansprüchen zurück-

zuführen. Allerdings bedingt durch eine Vielzahl von Fällen konnten die überörtlichen Träger die Auszahlungen nicht zeitnah leisten. Der Einnahmeansatz wurde auch deshalb nicht erreicht. Es verlagerten sich damit die Vorfinanzierungskosten im Flüchtlingsbereich über den Jahreswechsel 2015/2016.

Die Refinanzierungsquote weist einen Wert von 17.6 % auf. Bereits Ende 2015 konnte durch eine überplanmäßige Personalaufstockung in der Abteilung „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ unterstützend eingegriffen werden, wonach zeitgerecht alle Ansprüche angemeldet werden konnten. Mit erhöhten Refinanzierungsmitteln der überörtlichen Träger und des Bezirks Mittelfranken wird Ende 2016/Anfang 2017 gerechnet.

2. Allgemeines zu den Ausgaben für erzieherische Hilfen

Im Bereich unbegleitete minderjährige Jugendliche:

Dominierendes Thema im Jahr 2015 war der Zuzug von Flüchtlingen nach Fürth. Im Bereich der Jugendhilfe konzentrierte sich dieses auf die unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendliche (UMA). Ein im Vergleich zu den Vorjahren enormer Anstieg der Fallzahlen führte auf Bundesebene zu gesetzlichen Veränderungen. Dieses hatte zur Folge, dass die Fallzahlen in Fürth und die damit verbundenen Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung deutlich angestiegen sind und zusätzliches Personal in den Bereichen Sozialer Dienst, Vormundschaften und Wirtschaftliche Jugendhilfe erforderlich wurde.

Die Aufnahme von über das Jahr etwa 175 unbegleiteten minderjährigen jungen Menschen bedeutete auch für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien Fürth eine große Herausforderung. Weder die staatlichen Stellen, noch die freien Träger waren auf diesen Ansturm wirklich vorbereitet und in jedem Monat, der ab Jahresbeginn 2015 ins Land ging, wurden die Zahlen dramatischer und nach oben korrigiert.

Nachdem sich die örtlichen Jugendhilfeträger sich im Mai/Juni 2015 nicht mehr Lage sahen, weitere geeignete Jugendhilfeeinrichtungen für UMA rechtzeitig anbieten zu können, war das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien Fürth in der Pflicht, eine entsprechende Einrichtung zur Notaufnahme von jungen Menschen in eigener Regie in Betrieb zu nehmen. Unterstützt wurde das Vorhaben allerdings durch die Rummelsberger Dienste und die Kinderarche Fürth, die geeignetes Fachpersonal zu Verfügung stellten. Von der Diakonie Fürth konnte ein leerstehendes Gebäude in der Friedrich-Ebert-Straße 51 angemietet und instandgesetzt werden. Innerhalb weniger Wochen entstand in einem Kraftakt aller beteiligten Akteure eine Erstaufnahmeeinrichtung, um den zugewanderten und nach § 42 SGB VIII verpflichtend in Obhut zu nehmenden geflüchteten jungen Menschen eine Unterkunft anzubieten. Die maximale Auslastung des Hauses „Welcome I“ in der Friedrich-Ebert-Str. lag bei rd. 50 Jugendlichen im Oktober 2015. Für die bauliche Instandsetzung des Hauses fielen Kosten von 375.000 € an.

Nachdem die Regierung von Mittelfranken und das StMAS die avisierten Zuweisungszahlen zuletzt mit Schreiben vom 24.09.2016 zum Jahresende um weitere 70 Jugendliche anhaben hatten, wurde ein weiteres Gebäude als Haus „Welcome II“ in der Austr. 19 Fürth von der WBG angemietet. Für die Instandsetzung übernahm die WBG die Federführung und führte sie in enger Abstimmung mit dem Sozialreferat aus.

Die Stadt muss über eine Einmalzahlung und die bis zum Ablauf des Mietvertrags am 31.05.2017 zu leistenden Mietzahlungen lediglich die Instandsetzungskosten von 161.000 € übernehmen, das Anwesen an sich stellt die WBG damit der Stadt Fürth kostenfrei zur Verfügung.

Zum 15.01.2016 und 20.01.2016 zogen in diese Notaufnahme 20 Jugendliche ein. Es können dort maximal 24 Jugendliche (einschl. 4 Inobhutnahmeplätze) aufgenommen werden.

Diese Kosten wurden und werden durch Kalkulation über den Tagessatz an die Kostenträger zur Erstattung angemeldet. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien geht nach wie vor von einer Refinanzierung dieser Kosten zu 100 % aus.

Während die Kosten für die Jugendhilfemaßnahmen vom Land in voller Höhe -wenn auch zeitverzögert- erstattet werden, gibt es für das zusätzliche Personal im Verwaltungsbereich lediglich eine Verwaltungspauschale, deren Höhe eine freiwillige Leistung darstellt.

Im Bereich Hilfen zur Erziehung allgemein:

Die Fallzahlen aller Hilfen im Amt für Kinder Jugendliche und Familien hängen von verschiedenen Faktoren ab, wie z. B. der sozialen Situation von Kindern und Jugendlichen, der einzelnen Lebenslagen und Armutsquoten im Lebensumfeld, aber auch von der Bedarfsdeckung durch andere, vorrangige Leistungsträger (z.B. Jobcenter). Die Aufgaben stehen mit hoher Medien- und Internetpräsenz im Zeichen zunehmender Sensibilisierung unserer Gesellschaft für Gefährdungen von Kindern in der Familie. Entscheidungen stehen (auch rückwirkend) immer mehr im Fokus einer zivil- und strafrechtlichen Würdigung von Justiz und Staatsanwaltschaft.

Das Jugendamt steht hier an zentraler öffentlicher Stelle. Einerseits will man dem steigendem Hilfebedarf gerecht werden, andererseits ist man bestrebt, die Ausgaben der Jugendhilfe zu reduzieren, zumindest aber nicht weiter steigen zu lassen. Im Rahmen dieser Sparbemühungen wird versucht, neue Einnahmequellen zu erschließen, Controlling-Aufgaben zu forcieren und Konzepte zur Kosteneinsparung umzusetzen. Pauschale Standardabsenkungen sind jedoch als mit gebotener Zurückhaltung zu betrachten, da sie nur zeitlich befristet vertretbar sind und falsch eingesetzt zur Verteuerung führen.

Die Bedingungen des Aufwachsens junge Menschen und deren Familien erscheinen gerade in bildungsfernen Familienkonstellationen komplizierter. Die Entwicklungsverläufe von jungen Menschen gestalten sich gerade bei Suchtproblematiken und psychischen Erkrankungen in den Familien problematisch und prekär. Eltern scheinen in diesen Situationen zunehmend mit Erziehungsaufgaben und der Wahrnehmung ihrer eigenen Defizite überfordert.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat bedarfsgerecht und unabhängig von wirtschaftlichen Vorgaben, auf Gefährdungslagen von jungen Menschen im Rahmen der gesetzlichen Ansprüche zu reagieren, deren Ursachen und Zuordnungen sich jährlich verschieben können. Das Jugendamt wird zusehends in die Rolle eines Reparaturbetriebs für an anderer Stelle verursachte prekäre Lebensverhältnisse gedrängt. Dies wird insbesondere auch durch die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes aus 2014 und 2015 bestätigt, dass erst eine nachweisbare massive Schädigung des Kindes eintreten muss, bevor Eltern zur Annahme von Jugendhilfeleistung verpflichtet werden können.

Im Übrigen wurde das Geld im Sonderbudget verwendet, um Kinder und Jugendliche pädagogisch zu betreuen, deren Zusammenleben mit ihren Familien zu ermöglichen, auffälligen jungen Menschen Chancen für ein normales Leben zu geben, jungen Menschen und Familien in belasteten persönlichen Situationen Bildung und einen sozialen Ausgleich zu sichern und neue Perspektiven aufzuzeigen. Die Bedarfslagen, Schichtungen und Wirkungsweisen der einzelnen Hilfen wurden in den Budgetberichten der Vorjahre bereits umfassend dargestellt.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien hat nach wie vor die Aufgabe, präventiv (als frühzeitige Bedarfserkennung im Vorfeld der Erziehungshilfen) bei belastenden Entwicklungsumständen zu unterstützen. Bei der Gestaltung von Problemlösungen nimmt der Sozialdienst an der Schnittstelle der Regelsysteme eine Schlüsselfunktion ein. Hier kann wenigstens teilweise ein Ausgleich zur finanziellen Armut oder gegen soziale Isolation geschaffen werden für Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, in Arbeitslosigkeit, mit Migrationshintergrund und für Alleinerziehende. In vielen Fällen werden bestehende und verfestigte prekäre und sozial bedenkliche Familienverhältnisse sonst in die nächste Generation

weitergegeben.

Die Notwendigkeit von Erziehungshilfen nach dem Sozialgesetzbuch VIII ergibt sich aus bestehenden Erziehungsdefiziten im Elternhaus, sie dienen dem Schutz und der Förderung der Kinder. Die Hilfe ist grundsätzlich auf eine Verbesserung der Erziehungsfähigkeit der Sorgeberechtigten ausgerichtet. Unter Berücksichtigung dessen, dass der individuelle Rechtsanspruch auf Jugendhilfeleistungen nach dem SGB VIII für Alle gilt - egal ob es sich um einen unbegleiteten minderjährigen Ausländer oder um einen deutschen Jugendlichen handelt - bestehen nur beschränkt Steuerungsmöglichkeiten. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Ausgestaltung und Durchführung der Hilfe. Es bleibt die Herausforderung, dass es keine technisch planbaren Erziehungsprozesse gibt, die Hilfen dem Empfängerkreis angepasst werden müssen und der gesetzliche und gesellschaftliche Auftrag bestmöglich zu erfüllen ist.

- a. Budgetzuschussbedarf/-überschuss in Volumen und pro EW
(Erläuterung der Kennzahl ab +/- 5 % Abweichung)

entfällt

- b. Einnahmen (Erläuterung der Abweichungen)

**Dem Einnahmesoll von 4.589.290 € stehen tatsächliche Einnahmen von 3.135.209€ gegenüber.
Das sind Mindereinnahmen von 1.454.081 €.**

Gründe:

Mindereinnahmen sind im Wesentlichen bei der Kostenerstattungen für Asylbewerber und unbegleitete minderjährige Jugendliche entstanden. Nach den anfänglichen Prognosen wurde der Haushaltsansatz 4557.1611 -Kostenerstattung Land- auf 1.910.000 € und 4202.1625 -Kostenerstattung örtliche Träger- auf 807.190 € angehoben. Die Kostenerstattungen in diesem Bereich blieben weit hinter den Ansätzen zurück. Es sind von den überörtlichen Trägern und insbesondere vom Bezirk bisher nur ein Teil der Erstattungen (Gruppierungsziffern 1611 und 1624) eingegangen. Eine zum 01.11.2015 vom Gesetzgeber eingeführte Verjährungsregelung erforderte zudem eine konsequente Anmeldung der Kostenerstattungen beim überörtlichen Kostenträger. Diese zusätzlichen Fälle konnten durch einen verstärkten Personaleinsatz fristgerecht abgeschlossen werden.

Die Kostenbeteiligung von Unterhaltspflichtigen über Kostenersatz bei anderen Hilfen zur Erziehung (Gruppierungsziffer 2411 und 2511) bewegt sich über den Erwartungen und Ansätzen. Aufgrund einer neuen Kostenbeitragsverordnung 2014 wurden geringere Einnahmen erwartet.

Für ambulante Jugendhilfeleistungen werden die Eltern gesetzlich nicht an den Kosten beteiligt und es sind auch kaum Kostenerstattungen anderer Leistungsträger zu erwarten, da die Eltern und Familien ihren Wohnsitz in Fürth haben. Für die Einnahmenerzielung ist die Fallzahlensteigerung, ausschließlich im ambulanten Bereich, daher unerheblich. Einnahmen sind nur aus den stationären Leistungen zu erwarten, deren Fallzahlen Ende 2015 gestiegen sind.

Die Refinanzierungsquote bei den wirtschaftlichen Jugendhilfen ist nach starkem Anstieg in den Vorjahren aus den oben dargestellten Gründen auf ca. 17 % gefallen. Dies sollte sich jedoch ab Jahresende 2016 wieder kompensieren lassen. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf fehlende Kostenerstattungen im Asylbereich insgesamt.

Mit Unterstützung von Personal- und Organisationsamt wurde befristet ein zusätzliches Arbeitsstundenkontingent beim Stammpersonal mobilisiert. Zusätzlich wurde im 1. Quartal 2016 eine

weitere Personalaufstockung genehmigt. Es kann somit von einer positiven Entwicklung der Einnahmesituation ausgegangen werden.

c. Ausgaben

- i. Personalausgaben
(Erläuterung der Kennzahl „Personalkosten [ohne Beihilfe]/EW“ ab +/- 5 %- Abweichung; z. B. Zeiten von unbesetzten Stellen, Beschäftigung überplanmäßiger Kräfte, Aushilfen)

entfällt

- ii. Sachausgaben (Erläuterung der Abweichungen)

4242.5020 bis 4242.6769 Sachaufwendungen für Asylbewerber (Welcome-Haus I)

2015 wurde vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien das Haus Welcome I instandgesetzt und als eigene Einrichtung betrieben. Die pädagogischen Leistungen wurden von zwei örtlichen Trägern (Rummelsberger Dienste und Kinderarche Fürth) „zugekauft“. Ansonsten wird das Haus in eigener Regie betrieben. Es fielen dabei Sachkosten an, die allerdings im Ansatz 2015 noch nicht berücksichtigt werden konnten. Um die Abrechnung transparent zu gestalten, wurden bereits im Laufe des Jahres Haushaltsstellen eingerichtet und die anfallenden Zahlungen entsprechend zugeordnet. 2016 und 2017 sind Ansätze vorhanden.

UA 4541.7629 und 7714 Übernahme von Gebühren in Kindertageseinrichtungen und für Mittagessen

Die Subventionierung der öffentlichen Kindertagesbetreuung wirkt am intensivsten für die familienpolitischen Ziele. Sie unterstützt die Erfüllung von Erwerbswünschen und stabilisiert das Familieneinkommen. Sie erleichtert die Realisierung von Kinderwünschen und verbessert zugleich bei guter Qualität die frühe Förderung von Kindern. In diesem Zusammenhang profitieren insbesondere Familien im unteren Einkommensbereich von den verbesserten Betreuungsangeboten und wirtschaftlichen Hilfen. Im Segment der Übernahme von Kosten für die Kindertagesbetreuung kann die finanzielle Belastung in den Familien abgemildert werden und wirkt unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit präventiv.

Entwicklung: Die Mittagessenszuschüsse des JgA wurden mit zunehmender Bedeutung der Zuschüsse aus dem Bildungspaket auf Einzelfälle zurückgedrängt, was den städt. Haushalt entlastet und zu Ausgabenreduzierung führte.

Durch deutliche Erhöhungen der Elternbeiträge sind die Einnahmen nun wieder über das Niveau der Vorjahre bei leicht erhöhten Fallzahlen gestiegen und liegen mit 122.330 € über dem geplanten Ansatz.

4553. und 4554.7612 Ambulante Erziehungshilfen

Infolge des absehbaren Kostenanstiegs für ambulante Jugendhilfen wurde vom Sozialdienst in Zusammenarbeit mit den freien Jugendhilfeträgern bereits seit 2012 ein neues Informationsverfahren entwickelt, das eine bessere Hilfestuerung ermöglicht. Eine Kennzahlenauswertung auf den Leitungsebenen führte mittelfristig zu einer Reduzierung beim Rechnungsergebnis. In Zusammenarbeit mit den Trägern wird versucht, die Kosten zu bremsen. Die Laufzeiten zu verkürzen ist weiterhin stetiges Ziel. So wurden auch 2015 Fälle mit langer Laufzeit ausgewertet und durch die Abteilungsleitung in Zusammenarbeit mit den fallführenden Sozialpädagogen und der Fachkraft des jeweiligen freien Trägers untersucht. In 2 Fällen mit besonders langen Laufzeiten konnten nach Analyse des Hilfeverlaufs und weitergehender Gefährdungseinschätzung eine Einstellung der Hilfen erfolgen. Durch die zusätzlichen

Stellen im Sozialdienst ist es möglich, die Familien nach vorzeitiger Beendigung der Hilfen weiter zu betreuen und somit Laufzeiten zu verringern.

Die Ansätze 2015 konnten allerdings nicht konstant gehalten werden, denn seit 2012 bis 2015 sind die Fallzahlen bei ambulanten Hilfen um 35 % gestiegen. Gleichzeitig musste insbesondere 2015 die Intensität der zusätzlichen Betreuung gesteigert werden. Hier waren weiterhin länger laufende ambulante Hilfen notwendig und gerechtfertigt, denn sie vermeiden teurere stationäre Hilfen zur Erziehung, die sonst notwendig wären. Sie wirken sich allerdings auch auf die durchschnittliche Laufzeit erhöhend aus. In 45 Fällen ließ das Gefährdungspotenzial für drohende Kindesmisshandlungen, Vernachlässigungen oder gar Kindstötungen eine schnelle Beendigung der Hilfe nicht zu.

Insgesamt 109 Abgängen standen 120 Neufälle gegenüber, so dass derzeit in 481 Fällen ambulante Erziehungshilfen geleistet werden.

Mit StR-Beschluss vom 23.07.2014 wurde zudem mit Wirkung vom 01.01.2015 der Stundensatz für die Fachleistungsstunde auf 56,70 Euro, und für die Therapiestunde auf 53,20 € angehoben. Dies war notwendig, da die letzte Erhöhung 2009 erfolgte und die Stadt Fürth zu dieser Zeit weit hinter den vergleichbaren Nachbarstädten lag. Es war zu befürchten, dass Kinder und Familien aus Fürth trotz notwendigen ambulanten Hilfebedarf nur verzögert oder nicht mehr angenommen werden.

Die Ansatzüberschreitungen sind im Zusammenwirken der oben genannten Faktoren erklärbar und würden bei personellen Einsparungen im Sozialdienstbereich prospektiv noch höher ausfallen.

4555.7713 Tagesgruppen

Tagesgruppen sollen die Familie ergänzen, indem sie den Alltag von Kindern strukturieren, mit Eltern arbeiten und Förderangebote unterbreiten. Der Schwerpunkt liegt bei Schulkindern mit Konzentrations- und Motivationsstörungen oder Lern-, Leistungs- und Entwicklungsstörungen. Durch Umschichtungen konnte der Kostendruck vorübergehend aufgefangen werden. Die Ansätze konnten eingehalten werden.

4556.7612 Vollzeitpflege

Die Ausgaben überstiegen den Ansatz. Dies ist mit einer notwendigen Anhebung der Pflegesätze zum 01.07.2016 und einer Steigerung der Fallzahlen erklärbar. Die Erschließung neuer Pflegestellen gestaltet sich in unserem Großraum weiterhin schwierig, so dass 2015 mehrfach auf Familien weit außerhalb von Fürth ausgewichen werden musste. Die Proportion zwischen Kindern in stationärer Heimerziehung zum Aufenthalt in Pflegestellen könnte durchaus verbessert werden, wenn auch nicht alle unterzubringenden Kinder oder Heimkinder für eine Pflegestelle geeignet sind. Hier müssen die Anstrengungen noch intensiviert werden und nicht zuletzt die Pflegeeltern mit entsprechendem Kompetenzprofil, durch eine adäquate und angemessene Bezahlung besser unterstützt werden. Insoweit ist es beabsichtigt, die Pflegegelder regelmäßig -wie in den Nachbarstädten- anzupassen.

4557.6721 u. 1625 u. a. - Erstattungen an andere Jugendämter und von anderen Jugendämtern

Die Kostenerstattung der Gruppierungsziffer 6721 in Ausgaben und 1625 in Einnahmen richtet sich nach wie vor nach einer komplexen und komplizierten Zuständigkeitsregelung im Jugendhilferecht und ist sehr einzelfallbetont. Wenn die Hilfe ordnungsgemäß gewährt wurde, besteht darauf kaum Einfluss. Im JgA wird vor allem erfolgreich versucht, unberechtigte Ansprüche abzuwehren, was jährlich in Summe oft in einen Bereich von mehreren hunderttausend Euro geht, jedoch als „ersparte Aufwendung“ nicht offenkundig im Haushalt erscheint.

4557.7714 Hilfen für Asylbewerber

Die Ausgaben korrespondieren üblicherweise mit den Einnahmen unter UA 4557.1611. Kosten für minderjährige Asylbewerber werden im vollen Umfang wieder erstattet, wenn auch meist jahresübergreifend. Asylbewerber werden zugewiesen und das JgA hat keinen Einfluss darauf.

Bis Ende 2014 handelte es sich immer nur um einige wenige unbegleitete minderjährige junge Menschen. In HH 2015 wurden insgesamt 175 Fälle betreut und abgerechnet, zum Stichtag 31.12.2015 war von einer Bestandszahl von 133 auszugehen. Zwischenzeitlich liegt die Zahl bei 123 jungen Menschen, allerdings ist prognostisch eine Steigerung bis zum Jahresanfang 2017 durch Neuzuweisungen von der Regierung von Mittelfranken angekündigt.

Im Jahreslauf 2015 war auf diese dramatische Meldung zum Fallanstieg zu reagieren und die Ansätze anzupassen. Für 2015 ergaben sich keine Ansatzüberschreitungen, da die Hilfen erst zum Jahresende begannen und zeitversetzt in Rechnung gestellt werden. Hier ist auch anzumerken, dass es sehr lange dauert bis die Ausgaben von den bundesweit verteilten, überörtlichen Trägern, öfter auch erst nach intensivem Schriftverkehr, wieder erstattet werden.

4558.7612 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung

In diesem Bereich werden ausgeprägt personalintensive Einzelfälle abgerechnet, die in unregelmäßigen Abständen immer wieder auftreten können. Im speziellen Fällen werden zusätzliche Hilfen zu bereits bestehenden Pflegeverhältnissen oder Inobhutnahme-Situationen gewährt. Ziel ist es stets, Herausnahmen von Kindern aus dem elterlichen Haushalt gänzlich zu vermeiden oder die Rückführung intensiv vorzubereiten. Alternative wäre stets eine noch teurere Lösung durch Heimunterbringungen gewesen. Als Langzeitwirkung wurde der Wohnungsverlust vermieden und eine weitere kostenaufwändige Zusammenführung mit den Eltern in neuer Umgebung erspart.

4565.7713 Inobhutnahme von Kindern

Der Abschnitt ist kaum planbar und es ist auf den krisenhaften Bedarf zu reagieren. Es ist eine Zunahme der Gefährdungsmeldungen festzustellen, auf die reagiert werden muss. Die Kosten schwanken jährlich in Abhängigkeit von den Fallzahlen, der notwendigen Dauer der Unterbringung und der Intensität des Betreuungsbedarfs in kostengünstigen oder kostenintensiveren Einrichtungen oder Pflegestellen. 2015 entsprachen die Ansätze in etwa dem Rechnungsergebnis.

4557.7713 Hilfe in Heimen

Es sind allerdings nicht alle Kinder und alle Situationen für ambulante Hilfen oder Pflegestellen geeignet. Es ist auch nur bedingt tauglich, stationäre in ambulante Hilfen umzuschichten. Das Durchlaufen mehrerer „ungenauer“ Hilfen verlängert eine Maßnahme und ist in der Gesamtsumme teurer. Darüber hinaus erfordert eine akute Gefährdungslage eine sofortige Herausnahme und verbietet aus haftungsrechtlicher Sicht den Einsatz einer ambulanten Hilfe, auch wenn die Eltern dies vorziehen würden.

Die Ausgaben für stationäre Hilfen konnten jahrelang stabil gehalten werden, während im Bundesdurchschnitt erheblich höhere Steigerungen zu beobachten waren.

Im Haushaltsjahr 2015 ergab sich aufgrund erhöhter Tagessätze und Fallzahlen eine steigende Tendenz. Im Gesamtbereich "Unterbringung außerhalb von Familien", wie z. B. in Heimen, Vollzeitpflege, Mutter/Kind-Heimen und über Eingliederungshilfe wurden die Ansätze teilweise nicht vollständig ausgeschöpft bzw. konnten zur gegenseitigen Deckung herangezogen werden.

Das Jugendamt Fürth weist mit durchschnittlich 21 Monaten Heimaufenthaltszeit im überregionalen

Städtevergleich (23 bis 36 Monaten) einen niedrigen Wert auf.

4566.7602 und 7713 Ambulante und stationäre Eingliederungshilfen

Eingliederungshilfen für Behinderte sind sehr streit- und damit arbeitsintensiv. Es besteht hier weiterhin starker Handlungsbedarf, da der Bezirk als erstangegangener, überörtlicher Sozialhilfeträger versucht, Kostenbelastungen aus seinem Bereich auf die Kommune umzuschichten. Als zweitangegangener Träger ist das Jugendamt selbst für eigentlich unzuständige Fälle zur Leistung verpflichtet. Hier finden wegen überschneidender Zuständigkeiten im Einzelfall jeweils aufwändige Verhandlungen und rechtliche Auseinandersetzungen statt. Das Rechtsamt wird hier prozessführend verstärkt einbezogen, wobei die Rechtsstreitigkeiten sehr langwierig sind.

Mit dem Bezirk finden wegen überschneidender Zuständigkeiten vor allem im Bereich der seelisch behinderten jungen Volljährigen jeweils aufwändige Verhandlungen und rechtliche Auseinandersetzungen statt, z. B. ob das Hilfemerkmals „Persönlichkeitsentwicklung von Antragstellern“ als abgeschlossen betrachtet werden kann. Solange hier noch beim Antragsteller Entwicklungsmöglichkeiten bestehen, ist das JgA für Eingliederungshilfen zuständig.

d. Ausgabendeckungsgrad (Erläuterung der Kennzahl ab +/- 5 % Abweichung)

Die Zahlen entwickeln sich grundsätzlich wie geplant.

Für die unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge entstehen erhebliche Mehrausgaben aber auch Mehreinnahmen im siebenstelligen Bereich. Dies verändert in der Gesamtbetrachtung den prozentualen Deckungsgrad, nicht jedoch die tatsächlichen Beträge des Zuschussbedarfs. Allerdings werden sich auch in den nächsten Jahren Verwerfungen durch Überträge in Folgejahre und nachträgliche Kostenerstattungen ergeben.

2. Budgetvollzug 2015

a. Allgemeiner Ausblick auf das laufende Haushaltsjahr

Die Situation bei den Einnahmen für Kostenerstattungen bleibt aufgrund der widersprüchlichen Bundesrechtsprechung weiter unübersichtlich. Im Hinblick auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wurden die Prognosen bereits nachträglich angepasst. Fraglich ist es, wie sich dieser Sektor bei den überörtlichen Trägern entwickelt. Unsere Einnahmen sind abhängig vom dortigen Bearbeitungstempo und tatsächlichen Zahlungsfluss.

Bei den Ausgaben für ambulante Hilfen laufen weiterhin intensive Bemühungen, um den eingefrorenen Ansatz halten zu können. Eine geringe Kostensteigerung bei Heimkosten wurde bereits eingeplant. Es wird auch 2016 weiterhin daran gearbeitet, eine Steigerung möglichst gering zu halten. Ob sich das Gesamtergebnis dann mit dem außergewöhnlichen Rechnungsergebnis 2015 vergleichen lässt, ist noch nicht abzusehen.

Die Ausgabenentwicklung wird sich aus heutiger Sicht im Rahmen der eingestellten Haushaltsmittel

bewegen.

b. Aufgaben-/Zielveränderungen 2016

Im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge werden derzeit weder von der Regierung noch von der Landesregierung zuverlässige Prognosen veröffentlicht. Die Entwicklung bleibt abzuwarten.

Fürth, 05.09.2016

JgA

i. A.

Peschke